

**Richtlinie des Landkreises Bautzen
zur Beförderung von behinderten Menschen im Rahmen der Teilhabe am Leben
in der Gemeinschaft**

1. Allgemeines

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Fahrdienstleistungen ist Voraussetzung dafür, behinderten Menschen die Selbstbestimmung und die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, insbesondere am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben, zukommen zu lassen.

Das Sozialamt des Landratsamtes Bautzen übernimmt als örtlicher Träger der Sozialhilfe und als Rehabilitationsträger entstehende Kosten zur Beförderung von behinderten Menschen unter den nachfolgend aufgeführten Voraussetzungen.

2. Rechtsgrundlage

Die Leistungen der Beförderung von behinderten Menschen begründen sich auf Maßnahmen der Eingliederungshilfe nach § 53 und § 54 Abs. 1 Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII) in Verbindung mit § 55 Abs. 2 Punkt 7 Sozialgesetzbuch, Neuntes Buch (SGB IX).

Nach § 6 Abs. 1 Punkt 7 SGB IX ist der Träger der Sozialhilfe gleichzeitig Rehabilitationsträger und damit auch für Leistungen nach § 5 Punkt 4 SGB IX - Leistungen zur Teilhabe an der Gemeinschaft - verantwortlich.

3. Zweck und Ziel

3.1 Zweck der Leistungsgewährung nach dieser Richtlinie ist es, behinderten Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen und zu unterstützen.

Sie ist

- ein Nachteilsausgleich für behinderte Menschen, denen aufgrund ihrer Behinderung selbst oder mit Unterstützung von Angehörigen eine Teilnahme am Straßenverkehr oder die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht zumutbar oder möglich ist.

Sie hat

- das Ziel, behinderten Menschen die Begegnung und den Umgang mit nichtbehinderten Personen und den Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, welche der Geselligkeit oder kulturellen Zwecken dienen, zu erleichtern. Insbesondere sollen ermöglicht werden:
 1. Hilfe zur Förderung der Begegnung des Umganges mit nichtbehinderten Menschen
 2. Hilfe zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Unterhaltung oder kulturellen Zwecken dienen, z.B. Kino, Theater, Museen
 3. Hilfe bei Besorgungen des täglichen Lebens, z.B. zum Erreichen von Behörden, Einkaufsstätten, Kreditinstituten

4. Fahrten zur Freizeitgestaltung, z.B. Besuch von Vereinen, Sport- oder sonstigen Veranstaltungen, Clubs als auch Freizeiteinrichtungen
5. allgemeine Besuchsfahrten, z.B. zu Verwandten, Bekannten, Freunden

3.2 Keine Berücksichtigung nach dieser Richtlinie finden:

- Fahrten von und zur Ausbildungs-, Umschulungs- oder Arbeitsstätte
- Fahrten zum Aufsuchen des Arztes oder von therapeutischen Behandlungen
- Fahrten, für die andere Kostenträger, wie z.B. Krankenkassen, Rentenversicherungen o.ä. zuständig sind

4. Berechtigter Personenkreis

Anspruchsberechtigt sind behinderte Menschen ab dem 18. Lebensjahr, welche:

- a) ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Landkreis Bautzen haben und
- b) im Besitz eines Schwerbehindertenausweises mit den Merkzeichen „aG“ (außergewöhnlich gehbehindert) **und/oder** „H“ (hilflos) **und/oder** „Bl“ (blind) sind und
- c) keinen eigenen oder im Familienverband vorhandenen PKW benutzen können, weil sie oder ihre Familienangehörigen nicht Halter eines eigenen Fahrzeuges sind oder sie das Fahrzeug nicht steuern können, als auch eine Beförderung durch weitere Angehörige außerhalb der Haushaltsgemeinschaft nicht erfolgen kann und
- d) wegen der Schwere der Behinderung kein öffentliches Verkehrsmittel benutzen können und
- e) die Beförderungsleistungen nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen aufbringen können.

In begründeten Ausnahmefällen können an behinderte Personen, welche die unter Buchstabe c) geregelten Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen, Leistungen nach dieser Richtlinie bewilligt werden.

5. Umfang der Hilfen

Der Landkreis Bautzen übernimmt die Kosten für die Beförderung nach dieser Richtlinie in Höhe von bis zu **540,00 EUR** pro Kalenderjahr.

Der Anspruch besteht ab dem Datum des Bekanntwerdens anteilig.

In begründeten Einzelfällen können höhere Aufwendungen unter Berücksichtigung des erforderlichen Aufwandes oder bei Benutzung eines Spezialfahrzeuges übernommen werden (Bedarfsdeckungsgrundsatz).

6. Einsatz von Einkommen und Vermögen

Es gelten die gesetzlichen Grundlagen des SGB XII, insbesondere zum Einkommen (die §§ 82 ff.) und zum Vermögen (der § 90 SGB XII).

Jedoch bleiben Unterhaltsansprüche gegen Eltern und Kinder bei der Bewilligung von Hilfen nach dieser Richtlinie unberücksichtigt.

7. Verfahren

Anspruch auf diese Leistungen entstehen, soweit die Voraussetzungen nach dem SGB XII vorliegen und bekannt werden. Die Anspruchsberechtigung wird für ein Kalenderjahr dem Grunde nach durch Bescheid festgestellt.

Die Bewilligung der Leistung erfolgt ab Datum des Bekanntwerdens und wird anteilig für die Dauer des Kalenderjahres gewährt.

Der Leistungsempfänger hat die Möglichkeit, sich einen Vertragspartner seiner Wahl zu suchen. Es können Taxiunternehmen, PKW, Kleinbusse, Spezialfahrzeuge des Behindertenfahrdienstes der Wohlfahrtsverbände und weitere Anbieter unter freier Wahl in Anspruch genommen werden. Hierbei sollte den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen werden.

Die Leistungen nach dieser Richtlinie werden auf Antrag ausgezahlt. Die Auszahlung der gewährten Ansprüche erfolgt:

- a) nach Vorlage der Originalbelege über die erbrachten Beförderungsleistungen auf die Bankverbindung des Anspruchsberechtigten oder
- b) bei vorab erteilter Einwilligung zur Direktabrechnung mit dem Taxi- bzw. Fahrdienst nach Rechnungslegung.

8. Abrechnung

Die Leistungsberechtigten haben einen Verwendungsnachweis zu den bewilligten Leistungen zu führen. Dazu sind die Originalbelege (Quittungen) spätestens einen Monat nach Ablauf eines jeden Quartals beim Sozialamt des Landratsamtes Bautzen einzureichen.

Liegt die Einwilligung zur Abrechnung mit einem benannten Taxi- bzw. Fahrdienst vor, ist eine Rechnung erforderlich. Die Rechnungslegung erfolgt mindestens einen Monat nach Ablauf eines jeden Quartals.

Aus den Rechnungen und Quittungen müssen folgende Angaben hervorgehen:

Name des Beförderten, Datum, Zweck der Fahrt und der Leistungserbringer

9. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 01.01.2011 in Kraft.

Bautzen, 02.11.2010

Michael Harig
Landrat

(Dienstsiegel)